

"Natürlich bin ich für Klimaschutz, aber ..."

Podiumsdiskussion mit Michael Kretschmer, Lea Dohm, Prof. Dr. Georg Teutsch und Prof. Dr. Sebastian Seiffert am 19.09.2022 in Dresden

Die Standpunkte

Michael Kretschmer wies mehrfach darauf hin, wie sehr ihn der Einzug der AfD in den Bundestag 2017 bewegt habe. Bei vielen Gesprächen seien ihm vor allem in ländlichen Regionen Unzufriedenheit und das Gefühl, abgehängt zu sein, begegnet. Hier sei vor allem Zuhören und das Aufnehmen der Themen fruchtbar gewesen. Dabei sei immer auch das Thema erneuerbare Energien sehr wichtig gewesen und gerade im Erzgebirge und der Oberlausitz hätten viele Menschen starke Probleme mit der Windkraft gehabt – im Gegensatz zu Kraftwerken sowie der zugehörigen Einschränkungen. Schlüssel, um dies zu verändern, sei die Beteiligung, die über die finanzielle Beteiligung hinaus zu Bürgerwindparks und Energiegenossenschaften gehen müsse. Die 1000-Meter-Abstandsregel helfe, Konflikte zu befrieden, dennoch brauche es für die notwendige Windkraft-Flächenkulisse auch Flächen ehemaliger Braunkohletagebaue und Schadflächen im Wald. Damit sei das 2-Prozent-Flächenziel für Windkraft aber erreichbar.

Dennoch argumentierte er nach der anfänglichen, klaren Befürwortung der erneuerbaren Energien, dass durch die Ukraine Krise und die Energiekrise nun ein Umdenken notwendig sei. Gas würde nun für die nächsten zehn Jahre nicht mehr als Brückentechnologie zum Übergang zu Wasserstoff zu Verfügung stehen. Daher sei auch die Diskussion über das Kohle-Ausstiegsdatum 2038 hinfällig. Die zentrale Frage sei, was nun die Brückentechnologie und Backup-Struktur für erneuerbare Energien sein könne.

Die allermeisten Menschen, denen er begegne, wüssten, dass der Klimawandel stattfindet, dass er menschengemacht ist, dass die Industrie damit zu tun habe, sowie der CO₂-Ausstoß. Aus seiner Sicht sei es wichtig, den Menschen Wege aufzuzeigen. Dabei sei es bei Veränderungen wichtig, den Menschen die Hoffnung auf etwas Neues zu geben. Große Chancen lägen in Produkten und Innovationen, die dann auf der ganzen Welt einsetzbar seien, wo ja überall die gleiche Herausforderung herrsche.

Er betonte, dass ein gemeinsames Tun, eine gemeinsame Bereitschaft zu Veränderungen auch erstmal eine gemeinsame Wissensgrundlage brauche. Dass allen von der Schule an klar sei, dass es den Klimawandel gäbe, dass dieser menschengemacht sei, dass dieser für die Welt gefährlich sei. Dafür sei sowohl Bildung für nachhaltige Entwicklung als auch der wissenschaftliche Diskurs zentral.

Zu Kommunikation des Ausstiegs aus Kohle, Gas und Öl, brauche es eine vernünftige, überzeugende, nachvollziehbare Erzählung mit belastbarem Fundament, hinter der sich die Menschen versammeln könnten und dazu brauche es die Bereitschaft, Kompromisse zu schließen. Kompromisse sollten nicht verteufelt werden und mit großen Kommissionen gelöst werden. Dies brauche es jetzt im Bereich der Energie wieder, weil es ja anscheinend mit Erneuerbaren nicht funktioniere. Das hieße, man müsse auch über Kernkraft miteinander reden oder über Wasserstoff.

Prof. Dr. Sebastian Seiffert hob die Verbundenheit der Sachsen zu ihrer Region hervor und dass es den Klimaschutz brauche, um diese nicht weiter ökologisch kollabieren sehen zu müssen. Dabei sei die schwierige Balance zwischen dem physikalisch Notwendigen und dem politisch Machbaren bereits mit dem Pariser Klimaabkommen 2015 ausgehandelt worden. Es ginge jetzt um deren Umsetzung und diesbezügliche Kommunikation. Dabei sei es wichtig, die Chancen des Wandels, der auch große Ängste auslöse, zu kommunizieren. Hier ginge es nicht nur um wirtschaftliche Chancen,

sondern auch um die Chance, mit einer großen, gemeinsamen Aufgabe, in der jede und jeder gebraucht würde, gesellschaftliche Risse zu kitten.

Für ihn sei es falsch anzunehmen, dass jeder das Thema Klimakrise verstanden habe. So setzten viele Klimaschutz immer noch mit der Reduktion von CO₂-Emissionen gleich, während es in Wahrheit um Null-Emissionen gehe. Jedes weitere CO₂-Molekül heize den Treibhausgas-Effekt weiter an. Auch ergebe sich aus dem Pariser Abkommen etwas ganz Konkretes, nämlich das CO₂-Budget für Deutschland. Dieses entspräche ungefähr der Reduktion, die es während des ersten Corona-Lockdowns gegeben habe. Hier sei Ehrlichkeit gefordert. Dabei würde es schon helfen, wenn bei den Menschen spürbar würde, dass es hier politische Führungskräfte gäbe, denen es wirklich um spürbare Transformation darum ginge. Und zwar so sehr, dass sie auch bereit wären, eigene Fehler einzugestehen. Die auch zugeben könnten, dass nur noch zwei Gigatonnen CO₂ als Budget übrig seien, weil die Politik das Thema verspielt habe. Und dass wir nun deshalb einen harten Reduktionspfad bräuchten, welcher aber auch große Chancen böte.

Prof. Dr. Georg Teutsch betonte, dass es aufgrund der Summe der wissenschaftlichen Evidenz nicht mehr um die Unterscheidung von Fakten und Fiktion ginge. Es gäbe zwar noch wenige Zweifler, aber die würde man sowieso nicht mehr erreichen. Dabei sei Deutschland und Europa in dieser Hinsicht schon gut aufgestellt. Es ginge jetzt um Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten der Transformation. Die Basis für das Gelingen des Pariser Klimaabkommens sei, dass alle Staaten mitmachten – dies sei aber nicht so. Nun funktioniere der Mensch aber auch nicht so, als Einzelner mit besonderer Anstrengung im Klimaschutz zu handeln, mit dem Wissen, dass anderswo, z. B. in China, ein Kohlekraftwerk nach dem anderen ans Netz ginge. Neben der Notwendigkeit der Gerechtigkeit der Lastenverteilung sei es wichtig, jetzt Chancen und Möglichkeiten auszuloten, damit jeder sagen könne, dass er als Gewinner hervorgeht, wenn er mitmacht - individuell, national, europäisch und global. Er sei kein Gegner des Pariser Abkommens, aber es zeichne sich ab, dass dieses nicht funktioniere und auch der Beschluss im Bundestag nicht. Es brauche den Aspekt, dass Leute der Meinung sein müssten, Klimaschutz sei etwas, an dem sie persönlich teilnehmen müssen und wollen. Eine große Transformation würde nicht gegen die Gesellschaft einer Bevölkerung funktionieren.

Lea Dohm hielt dagegen, dass die meisten Menschen in Deutschland zwar ein Problembewusstsein hätten, sich dieses aber bei den verschiedenen Menschen stark unterscheiden würde, sowohl auf der rationalen Ebene als auch der emotionalen Ebene. Zwar sei ein basales Problembewusstsein bei vielen vorhanden, aber das eigene Wissen über die Krise werde überschätzt und individuelle Bezüge, beispielsweise über regionale Veränderungen würden fehlen. Dies zeige ein riesiges Kommunikationsproblem in der Klimakrise auf.

Gleichzeitig aber müsse die riesige anstehende Transformation auf Einsicht basieren und von dieser geleitet werden. Deswegen sei es so wichtig, immer wieder über das Thema zu sprechen, vor allem auch, um Emotionen als Handlungsmotivatoren zu erzeugen und Schweigespiralen zu durchbrechen. Die Psychologie habe dafür viele Strategien. Im Sinne eines „promotion-Ansatzes“ Chancen und Möglichkeiten von Veränderungen zu betonen, sei für viele Menschen motivierend. Gleichzeitig seien andere Menschen mehr über den sogenannten „prevention-Ansatz“, das heißt über eine Kommunikation des Ernsts der Lage, der auch Ängste hervorrufe, ansprechbar. Insofern sei es bei einem größeren Zielpublikum wichtig, mit beiden Strategien zu arbeiten. Grundsätzlich sei es wichtig, den Menschen deutlich zu machen, dass das Thema Klimakrise absolut etwas mit ihnen, ihrer Region, ihrem Lebensalltag und der eigenen Lebensplanung sowie der ihrer Kinder, beispielsweise in punkto Berufswahl zu tun habe, und weg von dem rein technischen Diskurs zu kommen.

Sie regte an, dass es doch auch einen Sektor zur Klimakommunikation geben könne, beispielsweise für eine Kommunikationsstrategie der sächsischen Landesregierung. Es würde helfen, nicht nur technische Details zu kommunizieren, sondern es könne unter anderem auch durch Storytelling eine Anerkennung des „Verbockt-habens“ entstehen, was die Glaubwürdigkeit erhöhen würde. Dies sei zugänglicher als Emissionseinsparung. Es brauche weniger Schuldzuweisung, sondern mehr Fehlertoleranz und Zusammenhalt.

Themen in der Diskussion

Angst zulassen

Michael Kretschmer vertrat zunächst den Standpunkt, möglichst keine Ängste schüren zu wollen. Man dürfe den Menschen nicht wie eine Avantgarde begegnen, die allein es verstanden habe und es nun durchziehen und erzwingen würde. Man müsse den Menschen auf Augenhöhe begegnen und eine positive Sache daraus machen. Dafür brauche es Vertrauen, was dieses Land stark gemacht habe: Innovation, Wettbewerb, Technologieoffenheit und marktwirtschaftliche Prinzipien.

Lea Dohm entgegnete, dass unberechtigt Angst und Panik zu machen, natürlich unethisch sei. Trotzdem gäbe es eine klare Verantwortung, die Wahrheit zu kommunizieren, wie es aussieht, vor allem auch über Kipppunkte. Wir befänden uns im Moment auf einem Pfad, der „mies“ sei, und das müsse auch ehrlich kommuniziert werden, sonst würde eine Seite ausgeblendet. Dies löse zwar Ängste aus, aber Menschen seien durchaus in der Lage Ängste auszuhalten.

Individuelle Lösungsmöglichkeiten

Da es nicht immer positiv ginge, betonte Lea Dohm, brauche es auch dringend die Kommunikation der Lösungsmöglichkeiten. Dabei sei es aber wichtig, dass die Menschen unterschiedlich seien und dass es solche gäbe, die sich von positiven Bildern motivieren ließen und solche, die eher von angstauslösenden Szenarien motiviert werden würden. Gerade wenn man zu einer größeren Gruppe von Menschen sprechen würde, sei es wichtig, beides in der Kommunikation zu haben. Auch bei der Kommunikation der Lösungsmöglichkeiten sei Differenzierung wichtig, um für jeden Menschen greifbare Lösungen zu kommunizieren, mit denen ein individueller Beitrag geleistet werden könne. So könne nicht jeder etwas mit den Themen Windkraft oder anderen technischen Lösungen anfangen.

Über den CO₂-Preis, Verzögerungsargumente und Innovationen

Michael Kretschmer stellte klar, dass er grundsätzlich einen kontinuierlich ansteigenden, verlässlichen CO₂-Preis befürworte, der einen Wettbewerb erzeuge, dem mit Innovation und mit Effizienz begegnet werden könne. Dann würde das Ganze zu einer Geschichte, die nicht zu Abwanderung führe.

Prof. Dr. Georg Teutsch ergänzte, dass es wesentlich sei, dass der CO₂-Preis eben nicht nur in Europa, sondern weltweit stattfinden müsse, weil dies sonst zu Ungerechtigkeit und dem Abwandern von Industrievertretern führen würde, die dann irgendwo anders nicht nachhaltig produzieren würden. Leider würde ein weltweiter CO₂-Preis noch dauern, deshalb müsse man einen Grenzausgleich oder Zoll einführen. Diese nicht neue Idee müsse einfach durchgesetzt werden.

Für Lea Dohm seien Innovation zwar notwendig, trotzdem seien die nötigen Änderungen von Infrastruktur, Produktionsprozessen, Regulierungssystem und Lebensstilen nicht nur mit Innovation zu schaffen. Auch Prof. Dr. Sebastian Seiffert pflichtete bei, dass Innovationen zwar "cool" seien, aber nur, wenn man entsprechend Zeit hätte.

Weiter warnte Lea Dohm in der Diskussion vor Argumenten, die zur Verzögerung von Klimaschutz führen könnten oder mit Verkürzungen zum Wegschieben der eigenen Verantwortung benutzt werden könnten. Insbesondere warnte sie vor dem Trittbrettfahrer-Argument, zu welchem es auch eine sozialwissenschaftliche Studie gäbe: Das Argument, dass man nicht handeln könne, weil es dann andere gäbe, die dies ausnutzen würden. Dieses Argument dürfe niemanden davon abhalten, mit aller Kraft voranzugehen. Auch das oben genannte „China-Argument“ von Prof. Dr. Georg Teutsch wäre eine Verkürzung: Zwar würden in China Kohlekraftwerke gebaut, andererseits gäbe es dort massive Innovationen und Investitionen. Prof. Dr. Seiffert ergänzte hierzu, dass das Bundesverfassungsgericht hier klargestellt habe, dass die Nicht-Einhaltung der Emissionsreduktion anderer Länder Deutschland nicht von der eigenen Reduktionspflicht entlasten würde.

Michael Kretschmer ruderte schließlich zurück, dass nicht alles mit Innovation weggewischt werden solle, man könne auch mit Standards, z. B. Effizienzklasse arbeiten. Er verdeutlichte aber bei der Frage, ob es innerdeutsche Flüge geben müsse, dass man zwei Optionen habe: sie direkt zu verbieten, oder aber endlich mit voller Kraft die ICE-Strecken auszubauen.

Thema soziale Gerechtigkeit

Michael Kretschmer warnte, dass eine Überforderung die Gesellschaft spalten würde. Es gäbe vielleicht junge Akademikerinnen und Akademiker, die diesen Weg komplett mitgehen würden, die diese Ansprache für sich richtig fänden sowie diese einfordern würden. Ein anderer Teil der Gesellschaft sage aber, jetzt sei Schluss. Das habe er 2017 erlebt und die Schlüsse gezogen, dass er es anders machen müsse. Und seines Erachtens ginge es auch anders. Es sei wichtig, die Sektoren auseinanderzunehmen, zu überschaubaren Aufgaben zu kommen. Dann würden die Möglichkeiten, die Ziele zu erreichen, auch klar. Dabei müsste auch den Menschen mit niedrigem Einkommen klar werden, dass sie in dem Prozess auch vorkommen würden. Global gesehen wäre zwar der Lebensstandard aller Deutschen hoch, aber so könne man nicht argumentieren und Menschen mitnehmen.

Auch für Lea Dohm muss soziale Gerechtigkeit von Anfang an mitgedacht und mitkommuniziert werden. Es müsse klar werden, dass Alltagsprobleme ernst genommen werden. Trotzdem müsse man den Menschen klar machen, dass es viel sinnvoller sei, die Transformation jetzt mitzudenken, anstatt, dass es dann in ein paar Jahren viel schneller gehen müsse. Gerechtigkeit müsse ab heute mitgedacht werden dafür brauche es viel Kommunikation, einen interdisziplinären wissenschaftlichen Austausch und vielleicht brauche es auch ein gemeinsames „Voranschieben“.

Was die Podiumsteilnehmer mitnehmen

Prof. Dr. Sebastian Seiffert nimmt mit, dass er mehr auf die individuelle Ebene eingehen möchte. Er rede oft sehr global, würde dies gerne verändern. Er danke Herrn Kretschmer, weil er anerkenne, wie schwierig es sei, heutzutage Politiker zu sein. Eine Bitte richtete sich darauf, dass der Herbst hart werden könne und die Gesellschaft Schaden nehmen könne, daher sei es eine Verpflichtung, diesem Herbst die Polemik zu nehmen.

Michael Kretschmer sagte, er wolle dem Herbst nicht die Polemik nehmen, sondern vor allen Dingen den Anlass für die Spaltung. Es brauche eine Lösung für die explodierenden Preise. Zwar müssten manche Dinge langsam teurer werden, um damit auch Verhalten zu verändern, aber der aktuelle Schock ginge nicht. Trotzdem sei er überzeugt, dass man auch diese besondere Phase überstehen könne. Es dürfe nicht wie 1989 im Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft enden. Auch sei er überzeugt, dass unser Wohlstand und unser Leben weiterhin möglich seien. Er bedanke sich auch und habe gemerkt, dass er ein bisschen mehr auf der Sachebene war, während die Veranstalter mehr

auf der Kommunikationsebene waren. Er dachte bisher, die Arbeit mit Angst oder mit Gefahr sollte man konsequent verhindern – er würde jetzt aber noch mal drüber nachdenken.

Prof. Dr. Georg Teutsch nimmt mit, dass das Thema Kommunikation und Mitnehmen für einen möglichst breiten Bevölkerungsanteil sehr wichtig ist. Er glaube schon, dass man auch Optimismus an den Tag legen könne, weil er glaube, dass bestimmte Dinge auch zu lösen seien. Man solle auf keinen Fall nur Technologie anschauen. Er glaube aber nicht, dass die Kommunikation generell schlecht sei und dass es genug Kanäle gäbe. Das Problem sei eher, in die konkrete Umsetzung und konkrete Umsetzungsprojekte zu kommen. Gerade hier würde auch die Zusammenarbeit mit professionellen Kommunikatoren eine entscheidende Rolle spielen.

Lea Dohm beendete ihr Abschlussstatement mit den Worten: „Wir arbeiten mit der Wahrheit, nämlich mit dem, was die Wissenschaft uns bietet. Wenn daraufhin Angst entsteht, dann können wir uns überlegen, wie wir damit klug und konstruktiv umgehen.“ Sie würde sich vor allen Dingen wünschen, dass es nicht das letzte Gespräch sei. Die Psychologists For Future hätten viel zu bieten und dies sei auch hochinteressant für einen Politiker wie Michael Kretschmer.

Alle Gäste bzw. Parteien – inklusive der TU Dresden – bekundeten ihr Interesse an weiteren Gesprächen.